



AMT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung

Jahresbericht 2010



Herausgeber

Amt für Auswärtige Angelegenheiten
Heiligkreuz 14
9490 Vaduz

Ausländer- und Passamt
Städtle 38
9490 Vaduz

Amt für Wald, Natur und Landschaft
Dr. Grass-Strasse 12
9490 Vaduz

Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED)
Im Malarsch 14
9494 Schaan

Impressum

Bildnachweis

© Caritas Schweiz: Seite 9
© DEZA: Seite 28
© ICAR: Seite 31
© Marta Ramoneda, UNICEF (NYHQ20101671): Seite 29
© Beatrice Rutishauser, Caritas Schweiz: Seite 10, 14
© Andreas Schwaiger, Caritas Schweiz: Seite 13
© Martin Walser: Seite 1, 4, 7, 34

Layout

Grafisches Atelier Sabine Bockmühl, Triesen

Druck

BVD Druck+Verlag AG, Schaan

© AAA, Mai 2011

Titelbild:

Mit einfachen Massnahmen können Leben gerettet werden: Der LED-Projektpartner Hilfswerk Austria setzt in Zusammenarbeit mit der lokalen Organisation Comu Sanas in Mosambik unter anderem beim Erlernen von einfachen Hygienemassnahmen wie dem Händewaschen an.

Editorial



Die Solidarität mit Menschen, die hinsichtlich ihrer Lebensumstände und ihrer Lebensqualität benachteiligt sind, ist ein zentraler Pfeiler der liechtensteinischen Außenpolitik und leitendes Motiv für die liechtensteinische Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE). Dabei bedeutet Solidarität für uns mehr, als nur Geld zu geben. Sie beinhaltet auch eine Verbundenheit mit den Ländern und Kulturen, in denen wir tätig sind, und den Respekt vor deren Zielen und Ideen. Mit unseren jährlichen Berichterstattungen möchten wir dazu beitragen, diese Nähe zu vermitteln und Solidarität im Sinne einer echten Partnerschaft erlebbar zu machen.

Im vorliegenden Bericht über das Jahr 2010 gehen wir insbesondere der Frage nach, was ein kleines Land mit vergleichsweise bescheidenen Mitteln überhaupt bewegen kann. Und was ausserpolitisch nicht unwichtig ist: Wird Liechtenstein im Ausland überhaupt als verlässlicher und solidarischer Partner wahrgenommen? Wir stellen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, ausgesuchte Projekte und Partnerorganisationen vor, die von Liechtenstein über mehrere Jahre hinweg begleitet und unterstützt worden sind. Bei diesem Streifzug erhalten Sie auch einen interessanten Einblick in das sich stetig wandelnde politische und wirtschaftliche Umfeld unserer Partnerländer.

Mein eigenes Fazit dieser Berichterstattung ist, dass Liechtenstein sehr wohl etwas bewegen kann. Durch die kontinuierliche und verlässliche Hilfe, die wir leisten, sind wir unseren Partnern eine wichtige Stütze. Dass damit auch nachhaltige Erfolge erzielt werden können, ist eine positive Erkenntnis, die uns darin bestärkt, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen.

Ich danke allen Beteiligten für die aktive Mitarbeit im vergangenen Jahr und bei der Gestaltung dieses Berichts. Die IHZE verfügt übrigens seit Kurzem über eine eigene Homepage. Auf www.llv.li/ihze erhalten Sie nicht nur sämtliche Hintergrundinformationen, sondern auch aktuelle Mitteilungen über laufende Projekte und gesprochene Beiträge. Ein Klick lohnt sich bestimmt.

Ihnen allen wünsche ich eine spannende Lektüre!

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick



Werbekampagne für Mikrokredite in Coracora im Hochland von Peru: Mit dem vierjährigen Projekt der Microfinance Initiative Liechtenstein (MIL) wurden Spar- und Kreditgenossenschaften im südlichen Peru gestärkt.

Inhalt

Wirksamkeit – ein anderes Wort für Erfolg Dr. Rudolf Batliner	6
Die Flüchtlingsproblematik lindern – Engagement vor Ort Heribert Beck	8
Verantwortungsvolle Entwicklung durch Nutzung lokaler Ressourcen Dr. Felix Näscher	15
IHZE 2010 in Zahlen Manuel Frick	17
Wirksamkeit in der EZA – Eine internationale Diskussion Peter Ritter	21
Simbabwe – Kampf unter schwierigen Umständen Peter Ritter	22
Wenn es plötzlich dunkel wird – Vom Umgang mit Leid und Zerstörung Andrea Hoch	28
Korruption und Geldwäscherei – Ein Thema für Entwicklungspolitik und Finanzplatz Christine Lingg	31
Schlusswort Dr. Martin Frick	34

Wirksamkeit ...

6 |

... ein anderes Wort für Erfolg

Die Finanznöte in vielen Geberländern als Folge der Finanzkrise veranlassen die Politik, nach Einsparpotential zu suchen. In dieser Situation kommt manchen die Debatte über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) gelegen. Argumente gegen die EZA sind, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Höhe der Entwicklungshilfe und der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes gäbe, und dass die Hilfe von aussen es Despoten erleichtere, Geld beiseite zu schaffen. Die «Paris-Deklaration zur Wirksamkeit» von 2005 nimmt einerseits das verbreitete Unbehagen mit den Ergebnissen der EZA auf und will andererseits die Effektivität durch bessere Abstimmung der Hilfe unter den Geberländern und mit den Empfängerländern steigern.

Die Frage nach der Wirksamkeit ist berechtigt, aber nicht so trivial und eindeutig, dass man sie mit ja oder nein beantworten könnte. Wie wirksam eine Massnahme ist, lässt sich jeweils nur an ihrem konkreten Ziel messen, denn Wirksamkeit und Erfolg sind immer relativ und hängen von der gesetzten Messlatte ab. Der Zusammenhang zwischen Bildung und wirtschaftlicher Entwicklung ist erwiesen. Bildung ist eine Voraussetzung für wirtschaftliches Wohlergehen und gleichzeitig Ergebnis davon. Gut ausgebildete Menschen sind produktiver und Leute mit mehr Einkommen können sich mehr Bildung leisten. Aus wissenschaftlicher Sicht wäre es aber gewagt, einen berechenbaren Zusammenhang zwischen einzelnen (auch grossen) Bildungsprojekten und dem Wirtschaftswachstum oder dem Bruttosozialprodukt eines Landes herstellen zu wollen. Die Langfristigkeit von Bildung macht es schwierig, ihre Wirkung sauber von anderen Einflussfaktoren abzugrenzen und zu quantifizieren. Ähnliches gilt auch für die Gesundheit.

Wir werden der Wirklichkeit nicht gerecht, wenn wir so komplexe Prozesse wie Entwicklung nur durch die makroökonomische Brille des Wirtschaftswachstums betrachten. Abgesehen davon, dass Bildung in gut abendländischer Tradition ein Wert an sich ist, muss sie mit Indikatoren des Bildungswesens gemessen werden: Alphabetisierungsgrad, Einschulungsraten, Schulabschlüsse, etc. Im Gesundheitssektor gelten Indikatoren wie Kinder- und Müttersterblichkeit, Lebenserwartung, etc. Beide Sektoren sind seit Jahrzehnten Schwerpunkte der EZA. Die Fortschritte im Bildungsbereich in den letzten Jahrzehnten sind erfreulich. Schwieriger wird es sein, die Millenniumsziele im Gesundheitsbereich zu erreichen. Einige Länder werden nicht in der Lage sein, die Müttersterblichkeit zu halbieren. Allerdings sollte man nicht vergessen, dass vor allem im südlichen Afrika HIV/Aids immer noch viele Ressourcen bindet. Allein und ohne internationale Hilfe wären manche Länder noch mehr überfordert gewesen.

Entwicklungsprojekte dagegen, die unter Slogans wie «Wachstum für die Armen» die Armut vermindern wollen, muss man genau an diesem Anspruch messen. Zahlreiche Evaluierungen weisen nach, dass viele dieser Projekte tatsächlich nachhaltig zu höheren Einkommen der Armen führen. Weil diese meist im informellen Sektor – also in der nicht erfassten Wirtschaft – leben und wirtschaften, sind die Auswirkungen auf die offiziellen Wirtschaftsstatistiken marginal und bestenfalls mit einer zeitlichen Verzögerung messbar. Man weiss, dass das allgemeine Wirtschaftswachstum nicht von selbst bis zu den Armen hinuntersickert. Ebenso wenig ist ein Anschwellen des «Pegels» bis in die formale Wirtschaft hinauf zu erwarten.

Dr. Rudolf Batliner
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
am NADEL/ETHZ



Dr. Rudolf Batliner ist seit November 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer (NADEL) der ETH Zürich. Er ist promovierter Erziehungswissenschaftler und arbeitete fast ununterbrochen in der Entwicklungszusammenarbeit mit Schwerpunkt berufliche Bildung. Die letzten neun Jahre vor seinem Übertritt ans NADEL war Rudolf Batliner Geschäftsführer des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED).

Die Entwicklungshilfe macht nur einen kleinen Teil der Geldflüsse zwischen armen und reichen Ländern aus. Die Forschung belegt, dass die EZA in Ländern mit guter Regierungsführung sehr wohl einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leistet. In korrupten, instabilen Ländern ohne Rechtssicherheit dagegen lässt sich ihre Wirkung nicht eindeutig nachweisen. Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass sie nichts nützt. Die Menschen einfach der Willkür ihrer Despoten zu überlassen, ist keine ernst zu nehmende Option. Im Rennen um die Bodenschätze Afrikas sichert sich China mit seiner «Politik der Nichteinmischung» Einfluss. Aufgeschreckt davon sind die Regierungen des Westens geneigt, weniger konsequent gute Regierungsführung als Gegenleistung für die EZA einzufordern. Könnte es sein, dass die EZA ein wenig als Sündenbock herhalten muss für Versäumnisse anderer, die für die wirtschaftliche Entwicklung der Welt mindestens ebenso verantwortlich wären? Der internationalen Politik misslingt es oft, die Einhaltung der Prinzipien von Good Governance einzufordern und damit günstige Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Der immer globaler agierenden Wirtschaft gelingt es nicht, für alle Menschen Mehrwert zu schaffen. Und die geltende Weltwirtschaftsordnung ist auch nicht unbedingt zu Gunsten der Entwicklungsländer strukturiert.

«Die liechtensteinische IHZE kann sich sehen lassen»: Projektarbeit in der Umgebung von Buzi, Mosambik



Selbstverständlich muss sich auch die liechtensteinische Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) der Frage nach der Wirksamkeit stellen. Bei der Grössenordnung unserer Mittel wäre der Anspruch vermessen, Liechtenstein könne die volkswirtschaftliche Situation eines ganzen Landes nachweisbar verbessern. Die Herausforderung für Liechtenstein ist, auf der Mikroebene am richtigen Ort das Richtige richtig zu machen. Meine Bewertung unserer IHZE stützt sich auf viele Projektbesuche und die regelmässigen externen Evaluationen der Projekte des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED). Unsere IHZE kann sich sehen lassen. Abertausenden Menschen geht es besser und ihr Leben hat eine Perspektive. In nicht wenigen Fällen ist es gelungen, Änderungen – bis hinein in die Gesetzgebung – auf regionaler oder gar nationaler Ebene anzustossen. Die liechtensteinische IHZE hat Wirkung – auch weil sie von Leuten getragen wird, die ihre Verantwortung kompetent und engagiert wahrnehmen. Dass unsere IHZE noch besser werden könnte, liegt in der Natur der Sache.

Die Flüchtlingsproblematik lindern

8 |

Engagement vor Ort

Arbeitsschwerpunkte des Ausländer- und Passamts im Rahmen der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe (IFMH) sind der westliche Balkan, namentlich Bosnien-Herzegowina, Serbien, Mazedonien und der Kosovo. Seit dem Jahr 2009 engagiert sich Liechtenstein darüber hinaus in Armenien.

Welche Wirkung die von Liechtenstein bereitgestellten Mittel der IFMH entfalten, zeigt sich eindrücklich und beispielhaft an den unterstützten Projekten in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo, wo mit der Caritas Schweiz ein verlässlicher Partner vor Ort zur Verfügung steht.



Heribert Beck
Ausländer- und Passamt

Bürgerkriege erschütterten den Balkan

Anfang bis Mitte der 1990er-Jahre tobte zunächst in Bosnien-Herzegowina der Bürgerkrieg zwischen den Streitkräften der Serben, der Kroaten und der Republik Bosnien-Herzegowina. Mitte bis Ende der 1990er-Jahre war daraufhin der Kosovo Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen der Kosovo-albanischen Befreiungsarmee UCK und der serbischen Armee. Die Auswirkungen beider Kriege auf die Zivilbevölkerung waren auch in Liechtenstein nicht zu übersehen. Rund 350 Personen aus Bosnien-Herzegowina und um die 600 Personen aus dem Kosovo fanden hierzulande vorübergehend Schutz. Als sich die Lage in beiden Ländern wieder beruhigt hatte, kehrte der weitaus grösste Teil der Flüchtlinge wieder in die Heimat zurück. Was sie vorfanden, waren oftmals vom Krieg zerstörte Dörfer und Städte und eine am Boden liegende Wirtschaft.

Hier setzte die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe – damals noch unter dem Namen Wiederaufbauhilfe – an. In den Jahren nach den Kriegen auf dem Balkan wurde die Wiedereingliederung von Rückkehrenden durch umfangreiche Projekte in den Bereichen Infrastruktur sowie Gesundheit und Bildung gefördert. Heute sind die Schwerpunkte der IFMH der Minderheitenschutz, die Friedensbildung sowie die Bekämpfung des Menschenhandels und der irregulären Migration.

Auf dem Weg zurück in die Normalität

Inzwischen hat sich die Lage im Kosovo und ganz besonders in Bosnien-Herzegowina erheblich verbessert – dennoch besteht in beiden Ländern weiterhin Handlungsbedarf. Sowohl für die nationalen Behörden als auch für die internationale Staatengemeinschaft und die vor Ort engagierten NGOs.

«Das Friedensabkommen von Dayton schuf die Voraussetzungen, dass die Rückkehr der zwei Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen beginnen konnte und die Sicherheitslage sich stabilisierte. Es gibt aber immer noch 113'000 Personen im Land, die als intern vertrieben gemeldet sind. 7'000 von ihnen leben in Kollektivunterkünften», schildert Peter Amhof, Chefdelegierter der Caritas Schweiz in Bosnien-Herzegowina,

die Situation rund 15 Jahre nach dem Krieg. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung bleibe nach wie vor hinter den Erwartungen zurück, welche die Menschen nach dem Krieg hegten. Die Privatisierung der Wirtschaft beispielsweise habe keine nachhaltige Belebung des Arbeitsmarktes bewirkt. Eine hohe Arbeitslosenrate von 40 Prozent führe dazu, dass rund 20 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebe und weitere 40 Prozent nur knapp darüber. Es gebe aber durchaus initiative Unternehmen, die erfolgreich wirtschaften. Die staatlichen Institutionen müssten indes bessere Rahmenbedingungen schaffen – weniger Korruption, mehr Rechtssicherheit und angemessene Berufsbildung –, um zusätzliche Investoren zu gewinnen und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. «Darüber hinaus braucht es weiterhin den offenen Dialog zwischen den Institutionen und Menschen, um die Konflikte zu überwinden», so Peter Amhof.

Dem Zwang zur Migration entgegen wirken: Dank einem rückzahlbaren Kredit und landwirtschaftlicher Beratung können Familien in Zentralbosnien mit liechtensteinischer Unterstützung schrittweise ein volles Einkommen erwirtschaften und müssen nicht in die Stadt oder ins Ausland abwandern.



Gerhard Meili, Programmverantwortlicher Kosovo der Caritas Schweiz, betont, dass es der internationalen Gemeinschaft bis Ende 2003 gelungen ist, im Kosovo den Wiederaufbau von Häusern und technischer Infrastruktur erfolgreich abzuschließen. «Damit verbunden war auch die mehrheitliche Rückkehr der geflüchteten Bevölkerung», so Meili. Unbefriedigend sei jedoch die politische, rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung. «Heute ist kritisch festzustellen, dass die UNO-Mission sich während fast zehn Jahren nur auf die Sicherheit und Stabilität konzentriert hat. Aber auch, dass für alle politischen Parteien im Kosovo, für die provisorischen Selbstverwaltungsstrukturen und seit 2008 die Regierung im Kosovo die Erreichung der Unabhängigkeit das wichtigste Ziel geblieben ist, wobei die soziale und wirtschaftliche Entwicklung vernachlässigt wurde.» Die Situation heute könne folgendermassen beschrieben werden: «Die Sicherheit ist gewährleistet. Da die Unabhängigkeit aber noch immer durch die UNO, Russland, China, Serbien und auch wichtige EU-Staaten nicht

Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe

Die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe ist auf einen nachhaltigen und umfassenden Ansatz zur Bewältigung der globalen Flüchtlings- und Migrationsproblematik und auf den weltweiten Schutz der Rechte von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Rückkehrenden, Staatenlosen und anderen Personen im Ausland, die des internationalen Schutzes bedürfen, ausgerichtet.

akzeptiert ist, gibt es grosse politische, institutionelle und rechtliche Unsicherheiten, und dadurch bedingt auch grosse Probleme bei der Durchsetzung des Rechtsstaats.» Die wirtschaftliche Entwicklung stagniere bei einer Arbeitslosigkeit von über 50 Prozent. Es gebe einen grossen Bedarf an Reformen, ganz besonders im Bereich Erziehung sowie im Bereich der politisch-administrativen Strukturen, insbesondere bezüglich Dezentralisierung und Gemeindeentwicklung. Die ethnischen Minderheiten bräuchten zudem weiterhin Schutz und Unterstützung für ihre soziale und wirtschaftliche Integration.

Liechtensteins Beiträge werden gezielt eingesetzt

Einen Beitrag zur Entwicklung des Kosovos und Bosnien-Herzegowinas geleistet haben auch die Gelder aus Liechtenstein, die ganz gezielt und in Übereinstimmung mit den Lageanalysen von Peter Amhof und Gerhard Meili in Projekte investiert worden sind, welche die Situation der einheimischen Bevölkerung nachhaltig verbessert haben und bis heute fördern. Dies bestätigen auch die beiden Vertreter der Caritas Schweiz.



Flüchtlings- und Migrationshilfe fängt bei den Jüngsten an: 2002 hat es mit einem Kindergarten in Drenas (Kosovo) begonnen – acht Jahre später sind es schon 21 Kindergartenzentren, welche die Caritas Schweiz mit liechtensteinischer Hilfe im Kosovo betreibt.

Liechtenstein – ein wichtiger Geldgeber

I 11

Gerhard Meili
Programmverantwortlicher Kosovo
Caritas Schweiz



Gerhard Meili hat als Programmverantwortlicher Kosovo häufig direkt mit Projekten zu tun, die vom Ausländer- und Passamt unterstützt werden. Er schätzt die für alle Seiten fruchtbare Zusammenarbeit sehr.

Herr Meili, welchen Beitrag hat die internationale Hilfe beim Wiederaufbau im Kosovo geleistet?

Die internationale Gemeinschaft hat sehr grosse Hilfe geleistet, zuerst in der Nothilfe 1999 und 2000, dann in der Wiederaufbauarbeit bis 2003. Sie hat dabei erfolgreich zur Rückkehr der albanischen Flüchtlinge und zur politischen Stabilität in der Region beigetragen und leistet seither weiterhin sehr grosse Unterstützung, vor allem in den Bereichen Justiz, «Good Governance», Infrastruktur, Bildung und wirtschaftliche Entwicklung. Als federführendes Hilfswerk für das internationale Caritas-Netzwerk hat Caritas Schweiz bei der Nothilfe und für den Wiederaufbau ebenfalls einen grossen Beitrag geleistet: 140'000 Personen in 267 Dörfern erhielten Nothilfe, 2'268 Häuser in rund 30 Dörfern wurden wieder aufgebaut, durch das ganze internationale Caritas-Netzwerk sogar rund 6'500 Häuser.

Was konnte im Rahmen von Projekten der Caritas Schweiz mit den Geldern aus Liechtenstein bewirkt werden?

Für Caritas Schweiz war die Unterstützung durch Liechtenstein in der ganzen Zeit von 1999 bis 2010 sehr wichtig. Liechtenstein gehörte und gehört zu den grossen Geldgebern von Caritas Schweiz. Seit 2004 verfügt Caritas Schweiz über eine längerfristige Programmstrategie im Kosovo. Liechtenstein war bereit, alle wichtigen Projekte im Rahmen dieser Strategie zu unterstützen. Besonders zu erwähnen ist die langjährige Unterstützung des Caritas-Kindergartenprogramms und des Projekts zur Integration der verschiedenen ethnischen Minderheiten in den Gemeinden Prizren, Dragash und Strpce für Serben, Bosniaken, Gorani und Roma. Ganz besonders hat Liechtenstein dabei Anteil am Erfolg der Integration der Roma-Gemeinschaft in Prizren, bei einer nachhaltigen Entwicklung verschiedener bosniakischer Bergdörfer, für die bosniakische Bevölkerung im Shupa-Tal, in Prizren und bei der guten Entwicklung einer pragmatischen Zusammenarbeit zwischen Serben und Albanern in der Gemeinde Strpce. Neu unterstützt Liechtenstein das für Caritas besonders wichtige Projekt für die Roma-Gemeinschaft in Gjakova, wo durch Umsiedlung, ein Häuserbauprogramm und ein soziales, pädagogisches und wirtschaftliches Programm 120 Roma-Familien die Chance für ein Leben in Würde erhalten. Schliesslich ist auch die mehrjährige Unterstützung Liechtensteins für die Caritas-Projekte Berufsschule Gjakova und landwirtschaftliche Entwicklung zu erwähnen.

Was konnte ganz konkret in den Arbeitsfeldern Bildung und Schaffung von Arbeitsplätzen bewirkt werden?

Seit dem Schuljahr 2010/2011 unterstützt Caritas insgesamt 21 Kindergartenzentren mit total 736 Kindern. 42 Lehrerinnen werden dabei berufsbegleitend weitergebildet, um ein Bachelor-Diplom gemäss europäischen Standards zu erhalten. Die Ausbildungsmethode wurde im Juli im Kosovo akkreditiert. In Zusammenarbeit mit der Universität Prishtina soll der innovative Studiengang weiteren Interessierten angeboten werden. Der Bedarf an qualifizierten Kindergärtnerinnen ist im Kosovo sehr gross, da bis heute erst jedes dritte Kind die Chance hat, einen Kindergarten zu besuchen. Die 2004 von Caritas gebaute und eingerichtete Berufsschule bietet rund 500 Studierenden eine dreijährige qualifizierte Berufsausbildung. Seit 2009 wird ein

Teil als private Berufsschule geführt, die im Juli 2010 die Betriebslizenz durch das Erziehungsministerium erhalten hat. Im Rahmen der privaten Schule werden systematische Beziehungen zur lokalen Wirtschaft aufgebaut, die den Absolventen besondere Berufschancen ermöglichen. Das Landwirtschaftsprojekt wiederum unterstützt den lokalen Grauviehzüchterverband sowie drei regionale Honigproduzentenvereinigungen. Bosniaken, Goranis und Serben sind dabei ebenfalls begünstigt. Rund 1'800 Bäuerinnen und Bauern nahmen an Trainings teil. Diese tragen zur Verbesserung der Ernährungs- und Einkommenssituation von rund 9'000 Personen in den verschiedenen Bergdörfern bei.

Welches Projekt hat Sie am meisten beeindruckt?

Die erfolgreiche Geschichte des Kindergartenprogramms fasziniert mich am meisten. 2002 begann es mit der Unterstützung und Einrichtung eines Caritas-Kindergartens in Drenas. Bis 2007 gelang es, acht Kindergartenklassen einzurichten, wobei die Gemeinde die Verantwortung für diese Kindergarten übernommen hat. Bis Ende 2010 konnte das Projekt auf 21 Kindergartenzentren ausgeweitet werden. Drei davon tragen besonders erfolgreich zur Integration von Roma-Kindern in die Volksschule bei.

Dank der kosovarischen Regierung

Liechtensteins Beiträge zur Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe werden auch von staatlichen Stellen würdigend zur Kenntnis genommen. Dies zeigt die Stellungnahme des kosovarischen Botschafters in der Schweiz, Naim Malaj:

«Die Ausrufung der Unabhängigkeit der Republik Kosovo erfolgte am 17. Februar 2008. Die Regierung von Liechtenstein hat Kosovo, den jüngsten Staat Europas, am 25. März 2008 als unabhängigen Staat anerkannt. Unterstützt werden mit den Geldern aus Liechtenstein viele Projekte im Kosovo. Sie dienen der Friedensförderung, der Integration ethnischer Minderheiten, der Entwicklung der Landwirtschaft in den Bereichen Stallbau, Rindvieh-Haltung und Capacity Building. Die Regierung des Kosovo ist der Bevölkerung, sowie der Regierung von Liechtenstein sehr dankbar für das Engagement sowie den bisher geleisteten Beitrag bei dem Wiederaufbau des Nachkriegs-Kosovo, für die Aufnahme der Flüchtlinge, sowie auch für die Unterstützung Kosovos bei der wirtschaftlichen Entwicklung. Die bilateralen Beziehungen zwischen der Republik Kosovo und dem Fürstentum Liechtenstein sind eng und freundschaftlich. Ein Prozent der Bevölkerung Liechtensteins stammen aus dem Kosovo. Weiterhin ist die Regierung des Kosovo daran interessiert, die Zusammenarbeit mit der Regierung von Liechtenstein zu vertiefen, Abkommen abzuschliessen sowie gemeinsame Projekte und Programme in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Bildung zu entwickeln.»

Gemeinsam nach Lösungen suchen

Peter Amhof
 Chefdelegierter Caritas Schweiz



Peter Amhof arbeitet als Chefdelegierter der Caritas Schweiz in Bosnien-Herzegowina eng mit dem Ausländer- und Passamt zusammen und berichtet von einer bewährten Partnerschaft.

Herr Amhof, welchen Beitrag hat die internationale Hilfe beim Wiederaufbau in Bosnien-Herzegowina geleistet?

Für den Wiederaufbau und für Entwicklungsprojekte hat die internationale Gemeinschaft seit Ende des Krieges rund sieben Milliarden Euro investiert. Die Hilfe wurde zu einem wesentlichen Anteil von internationalen und lokalen NGOs umgesetzt. Die internationale Hilfe hat dazu beigetragen, die Lage im Land zu stabilisieren und die Zivilgesellschaft zu stärken – in einem Land, in dem sich die Politik wenig dem Bürger verpflichtet fühlt. Dank der internationalen Hilfe wurde der Wandel von der Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft und von einem Einparteienstaat zu einer offenen Demokratie gefördert.

Was konnte im Rahmen von Projekten der Caritas Schweiz mit den Geldern aus Liechtenstein bewirkt werden?

Seit dem Jahre 2000 unterstützte Liechtenstein die Projekte der Caritas Schweiz mit rund fünf Millionen Franken. Die Projekte decken die Kernbereiche Wiederaufbau und Rückkehr, Gemeinwesenarbeit und Spezialprogramme für Roma ab. Die Wiederaufbauprojekte unterstützten beispielsweise die Rückkehr von rund 800 Familien in Nordbosnien sowie die Renovation und Ausstattung von fünf kriegszerstörten Primarschulen. Die Spezialprogramme für Roma im Kanton Sarajevo wiederum haben zum Ziel, die Wohnsituation nachhaltig zu verbessern und die Einschulung in die Primarschule systematisch anzugehen. Seit Juli 2010 arbeitet Caritas Schweiz in Primarschulen von vier verschiedenen Gemeinden mit Roma-Kindern, die nie die Schule besucht bzw. sie früher verlassen haben oder die in der Schule grosse Mühe bekunden. Unter anderem dank Beiträgen aus Liechtenstein saniert Caritas Schweiz ausserdem 30 Häuser und Wohnungen für Roma-Familien. Mit liechtensteinischer Hilfe fördert Caritas Schweiz auch die Gemeinwesenarbeit in der Region Birac, zu der das im Krieg zu trauriger Berühmtheit gelangte Srebrenica gehört. Die Gemeinwesenar-

Den prekären Wohnverhältnissen entfliehen:
 Ein Häuserbauprogramm und flankierende Massnahmen helfen dieser und 120 weiteren Roma-Familien, die bislang in direkter Nachbarschaft einer Müllhalde lebten, künftig ein Leben in Würde zu führen.



beit ermöglicht es acht ethnisch gemischten Dorfgemeinschaften, die Zusammenarbeit nach den schlimmen ethnischen Säuberungen des Krieges neu zu lancieren und gemeinsam kleine Projekte zu realisieren, die für das Dorf von hoher Wichtigkeit sind. Das Projekt stärkt auch die Rolle der Dorfgemeinschaften gegenüber der Gemeinde.

Was konnte ganz konkret in den Arbeitsfeldern Bildung und Schaffung von Arbeitsplätzen bewirkt werden?

Mit der Renovation und Ausstattung der Schulen in Nordbosnien konnten 1'000 Schulkinder am Ort der Rückkehr wieder eingeschult werden und fanden zeitgemäss ausgestattete Klassenzimmer und Spezialräume vor. Mit Stütz- und Nachhilfeunterricht können derzeit ausserdem 160 Kinder nachhaltig in die Primarschule integriert und so aus dem Teufelskreis von Armut und Analphabetismus herausgeführt werden. Die Schulen und Eltern werden mit je einem Sozialarbeitenden und einem Roma-Assistenten bzw. einer Roma-Assistentin in ihrer Arbeit unterstützt. Das Projekt bietet auch materielle Hilfe für die ärmsten Familien an, die monatlich Nahrungsmittel und Hygienepakete erhalten. Im Rahmen der Rückkehrprojekte unterstützte Caritas Schweiz Familien im Bereich der Subsistenzlandwirtschaft. Sie konnten Ställe sanieren, erhielten Saatgut, Klein- oder Grossvieh sowie landwirtschaftliche Geräte. Die Subsistenzlandwirtschaft ist bis heute für viele – neben allfälligen Renten – die einzige Einnahmequelle, da die Erwerbslosigkeit unter Rückkehrenden weit über dem Landesdurchschnitt liegt. Seit Herbst 2010 unterstützt Liechtenstein ein Projekt zur Förderung der Beerenproduktion in Zentralbosnien. Dank einem rückzahlbaren Kredit und landwirtschaftlicher Beratung können Familien schrittweise ein volles Einkommen erwirtschaften und müssen so nicht in die Stadt oder ins Ausland abwandern.

Welche Projekte haben Sie am meisten beeindruckt?

Im Wiederaufbau führten wir das erste Projekt für Liechtenstein im Jahre 2000 in Ljubija durch. Die Sicherheitslage in der Republika Srpska war damals für Rückkehrende noch labil. Trotzdem richteten sich immer mehr Rückkehrende in improvisierten Zeltlagern ein und begannen, ihre zerstörten Anwesen für den Wiederaufbau vorzubereiten. Diese Pioniere ebneten den Weg zur Rückkehr, den bis heute rund 25'000 Menschen in der Region Ljubija/Prijedor besritten haben. Bei den Romakindern ist es für mich eine Freude zu sehen, wie sie mit dem Eintritt in die Schule aufblühen und nach einer ersten schwierigen Zeit mit den «Gspänli» mithalten können. Obwohl die Schulen in Bosnien-Herzegowina bescheiden ausgestattet sind, ist es für die Kinder ein Ausbruch aus oft elenden Verhältnissen zu Hause. Die Eltern sind stolz, wenn sich Erfolg einstellt. Sie beginnen, sich aktiver um die Schule zu kümmern und lernen an Elterntreffen, wie sie die Kinder besser fördern können. In der Gemeinwesenarbeit schätze ich es sehr, in den Dörfern mit den Aktionsteams zu diskutieren. Bosniaken, die im Krieg von den bosnischen Serben vertrieben worden waren, sitzen nun wieder mit ihren Vorkriegsnachbarn zusammen und suchen nach Lösungen für die gemeinsamen Probleme im Dorf. Diese beidseitige menschliche Grösse verdient Bewunderung und Respekt. Sie kann eine Voraussetzung dafür sein, dass Bosnien-Herzegowina wieder zu einer Erfolgsgeschichte wird.



«Es ist für mich eine Freude, zu sehen, wie die Roma-Kinder mit dem Eintritt in die Schule aufblühen und nach einer ersten schwierigen Zeit mit den «Gspänli» mithalten können»: Peter Amhof, Chefdelegierter von Caritas Schweiz in Bosnien-Herzegowina zum von Liechtenstein unterstützten Bildungs- und Integrationsprojekt für die Roma-Minderheit.

Verantwortungsvolle Entwicklung ...

... durch Nutzung lokaler Ressourcen

I 15

Dr. Felix Näscher
Leiter des
Amtes für Wald, Natur
und Landschaft



Wohl niemand wird sich heute ernsthaft einer nachhaltigen Entwicklung verschliessen wollen – eine Entwicklung nämlich, welche die heutigen Bedürfnisse zu decken vermag, ohne künftigen Generationen die Möglichkeit zu schmälern, deren berechnete Erfordernisse zu erfüllen. Hinter diesem Nachhaltigkeitsverständnis steckt ein ethisches Konzept. Dieses geht von der Gleichbehandlung der Bedürfnisse der heutigen und der nachkommenden Generationen aus:

- Welche heutigen Leistungsanforderungen oder Nutzungsinteressen können ohne Schaden für nachkommende Generationen befriedigt werden?
- Wie sollen die Ressourcen und die Systemleistungen innerhalb der heutigen Generation auf die verschiedenen Interessengruppen verteilt werden?

Nachhaltige Entwicklung lässt sich nicht als wissenschaftlich hergeleitete Kenngrösse definieren. Nachhaltige Entwicklung ist vielmehr als gesellschaftlich vereinbartes Ziel mit davon abgeleiteten Handlungsstrategien und -optionen festzulegen: Ökologische, ökonomische und soziokulturelle Grenzfaktoren sind gemeinsam demokratisch zu definieren, zu akzeptieren und auf möglichst lange Dauer zu respektieren.

Es werden wohl jene Entwicklungsprojekte die grösste und am längsten anhaltende Wirkung erzeugen können, welche vom Reifen der Idee an bis zu deren Fertigstellung von einer möglichst breiten Bevölkerungsgruppe getragen werden. Deshalb unterstützt das Amt für Wald, Natur und Landschaft seit Jahren Bergdörfer, welche konkrete Initiativen auf der Basis einer partnerschaftlich entwickelten Agenda 21 im Sinne des Umweltgipfels von Rio 1992 umsetzen wollen. Besondere Wirkung vermögen dabei jene Initiativen zu entfalten, die massgeblich von Frauen getragen werden; diese Initiativen erzeugen meist auch eine vergleichsweise langfristige Wirkung, weil häufig Kinder und Jugendliche in besonderem Masse Förderung erfahren.



In Stepandsminda, einem abgelegenen georgischen Bergdorf an der alten russischen Heeresstrasse, ergab ein von der lokalen Bevölkerung getragener Abwägungsprozess betreffend alternativer und schnell realisierbarer zusätzlicher Erwerbsmöglichkeiten, dass im Wiederaufleben der Bienenzucht beträchtliches Potenzial liegt.

Im Rahmen eines Projektes «Wiederaufleben der Bienenzucht» konnten im Jahr 2010 rund 40 Haushalte eine Weiterbildung in Fragen der Bienenzucht absolvieren und mit Bienenstöcken ausgestattet werden.





In der armenischen Kleinstadt Ararat wurde die Volksschule mit Sonnenkollektoren ausgestattet und bezüglich Energieeffizienz saniert, ein allgemein zugänglicher Schauraum mit Möglichkeiten alternativer Energiegewinnungssysteme eingerichtet, entsprechende Weiter- und Fortbildungsprogramme für die Lehrer der weiteren Umgebung durchgeführt sowie einfache Lehrmittel geschaffen.

Liechtenstein ist sich seiner Verantwortung gegenüber benachteiligten Regionen bewusst und handelt dementsprechend solidarisch. Dieses Bewusstsein für eine gemeinsame Verantwortung drückt sich gerade in der Klimaproblematik aus, in welcher den Industriestaaten – und dazu zählen wir uns doch auch – eine vorrangige Verantwortung zukommt: Im Zuge ihrer wirtschaftlichen Entwicklung haben diese Industriestaaten nämlich – und Liechtenstein ist davon keineswegs ausgenommen – den ihnen pro Kopf theoretisch zustehenden Anteil an Kohlenstoffdioxid massiv übernutzt.



Links: Warmwassergewinnung unter dem Schuldach dank Sonnenkollektoren.

Rechts: Anlässlich eines Unwetters im August 2009 kamen in der georgischen Berggemeinde Sharauli drei Menschen bei einem Murenabgang ums Leben, die zwei Zufahrtsbrücken zum Dorf wurden zerstört und die Uferböschungen erodiert. Im Rahmen eines Wiederherstellungsprojektes wurden die Brücken saniert, die Uferböschungen im Bereich der Brücken mit Drahtschotterkörben gesichert und mit der Bevölkerung Veranstaltungen betreffend schonender und damit gleichzeitig Erosion verhindernder Landnutzungstechniken durchgeführt.

Die Regierung hat sich im Januar 2010 mit den Grundsätzen des «Copenhagen-Accord» als Leitschiene für die Erarbeitung eines Nachfolgeprotokolls zu Kyoto einverstanden erklärt. In der Folge hat der Landtag im November 2010 zur Klimaanschubfinanzierung unter dem IHZE-Budget einen zusätzlichen Betrag von jeweils CHF 350'000 für die Jahre 2011 und 2012 gesprochen. Mit diesem Landesbeitrag sollen Massnahmen zur Bekämpfung und Anpassung an schädliche Klimaauswirkungen in Entwicklungsländern unterstützt werden. Gerade auch die Gebirgsregionen Zentralasiens und des Kaukasus sind vom Klimawandel besonders stark betroffen: Wiederherstellungsmassnahmen nach Naturkatastrophen oder Anpassungsmassnahmen an veränderte Klimabedingungen bilden deshalb Schwerpunkte von Zusammenarbeitsprojekten.

IHZE 2010 in Zahlen

Ausgaben und Mittelverteilung

Manuel Frick
Amt für Auswärtige
Angelegenheiten



Für die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) hat das Land Liechtenstein im Jahr 2010 insgesamt 26.6 Millionen Franken aufgewendet. Gut zwei Drittel dieser Mittel flossen in die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Dieser vom Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) verwaltete Bereich ist das grösste Standbein der IHZE. Jeweils etwa zehn Prozent des Gesamtbudgets wurden über die anderen Kategorien ausgeschüttet.

Im Berichtsjahr finanzierte Liechtenstein zudem vier Stellen, sogenannte Secondments, bei internationalen Organisationen. Darunter befanden sich drei Junior Professional Officers (JPO), beim UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR), beim UNO-Büro zur Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), beim UNO-Sonderbeauftragten für intern Vertriebene, sowie eine Expertenstelle beim Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle von Streitkräften (DCAF). Die JPO-Stellen beim UNHCR, beim UNODC sowie beim UNO-Sonderbeauftragten für intern Vertriebene sind im Berichtsjahr ausgelaufen und werden nicht mehr erneuert.

Rund ein Drittel (33 Prozent) der liechtensteinischen IHZE-Mittel floss nach Afrika. Für die Betreuung der Projekte mit Südpartnern in den afrikanischen Schwerpunktländern unterhält der LED in Harare, Simbabwe, ein Büro mit einer lokalen Mitarbeiterin.

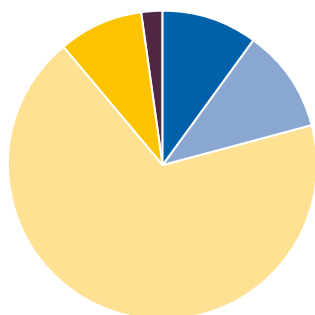
Ein knappes Sechstel (15 Prozent) des Budgets wurde in Europa verwendet, insbesondere durch Projekte im Balkan und im ärmsten Land Europas, in der Republik Moldau. Der LED unterhält in der Hauptstadt Chisinau ebenfalls ein eigenes Büro. In den Ländern des Balkans, hauptsächlich im Kosovo, in Bosnien und Herzegowina sowie in Mazedonien engagiert sich das Ausländer- und Passamt (APA) im Rahmen der internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe.

Die dritte Vertretung des LED im Ausland befindet sich in Cochabamba, Bolivien. In dieser Region konzentrieren sich die Aktivitäten des LED neben Bolivien auf Peru und Costa Rica bzw. dessen zentralamerikanische Nachbarstaaten (Total 17 Prozent der Mittel).

Das liechtensteinische Engagement in Asien (11 Prozent) ist vergleichsweise gering, aber im Aufbau begriffen. Erst vor Kurzem sind die Projekte in den neueren LED-Schwerpunktländern Kirgisistan und Afghanistan angelaufen.

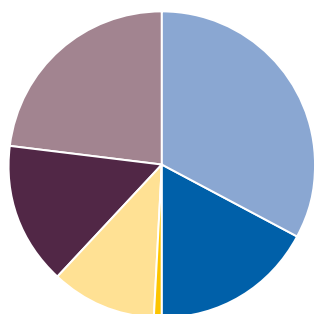
Knapp ein Viertel der Mittel wurde nicht projektspezifisch ausbezahlt oder länderübergreifenden Programmen zugeführt. Diese in der Sparte «International» zusammengefassten Beiträge sind essentiell, um grenzüberschreitende Aktivitäten oder unterfinanzierte Programme zu unterstützen und Grundkosten von Entwicklungsorganisationen zu decken.

Mittelverteilung nach Kategorien



- Not- und Wiederaufbauhilfe 10 %
- Int. Flüchtlings- und Migrationshilfe 11 %
- Bilaterale EZA 68 %
- Multilaterale EZA 9 %
- Secondments und Öffentlichkeitsarbeit 2 %

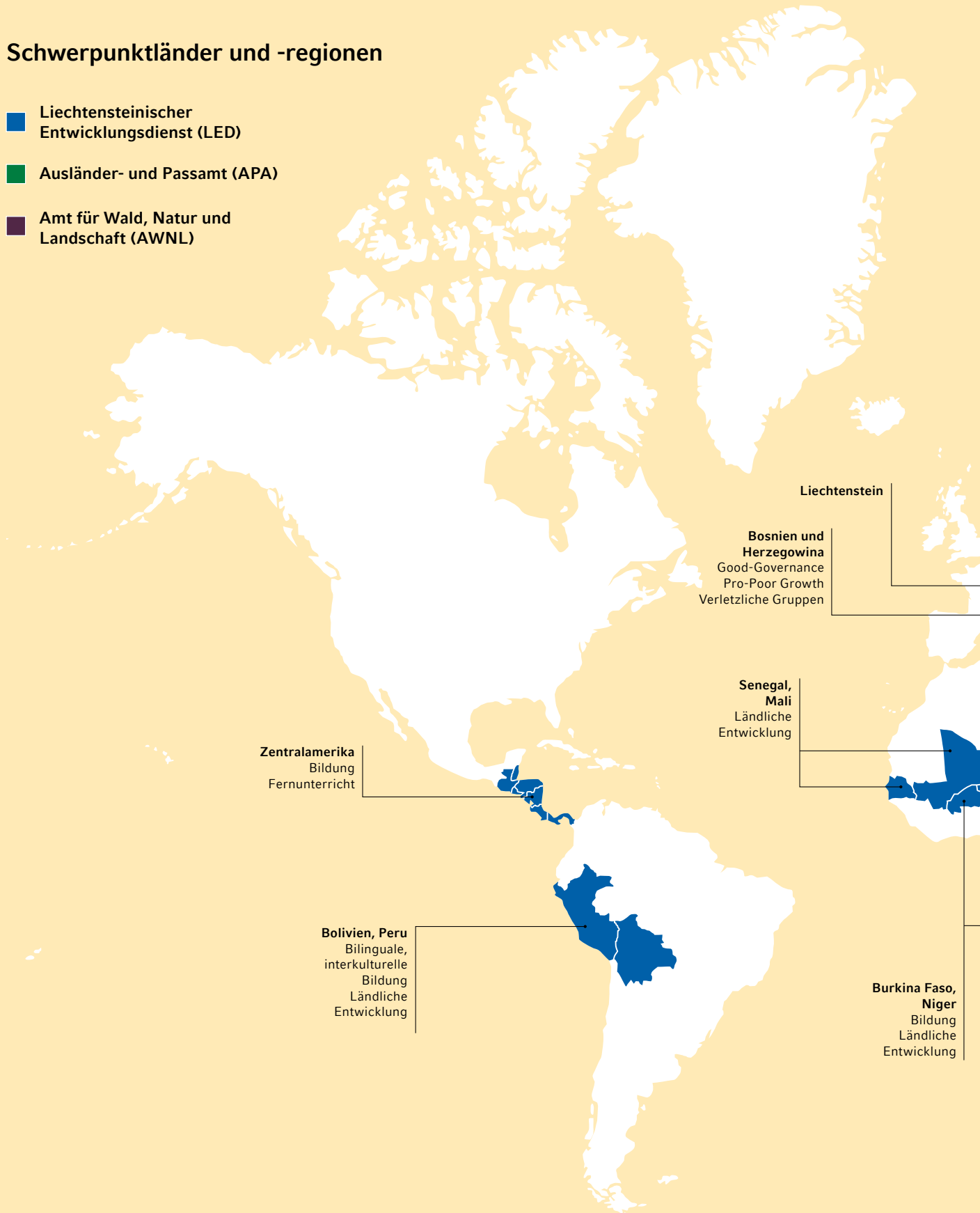
Mittelverteilung nach Regionen

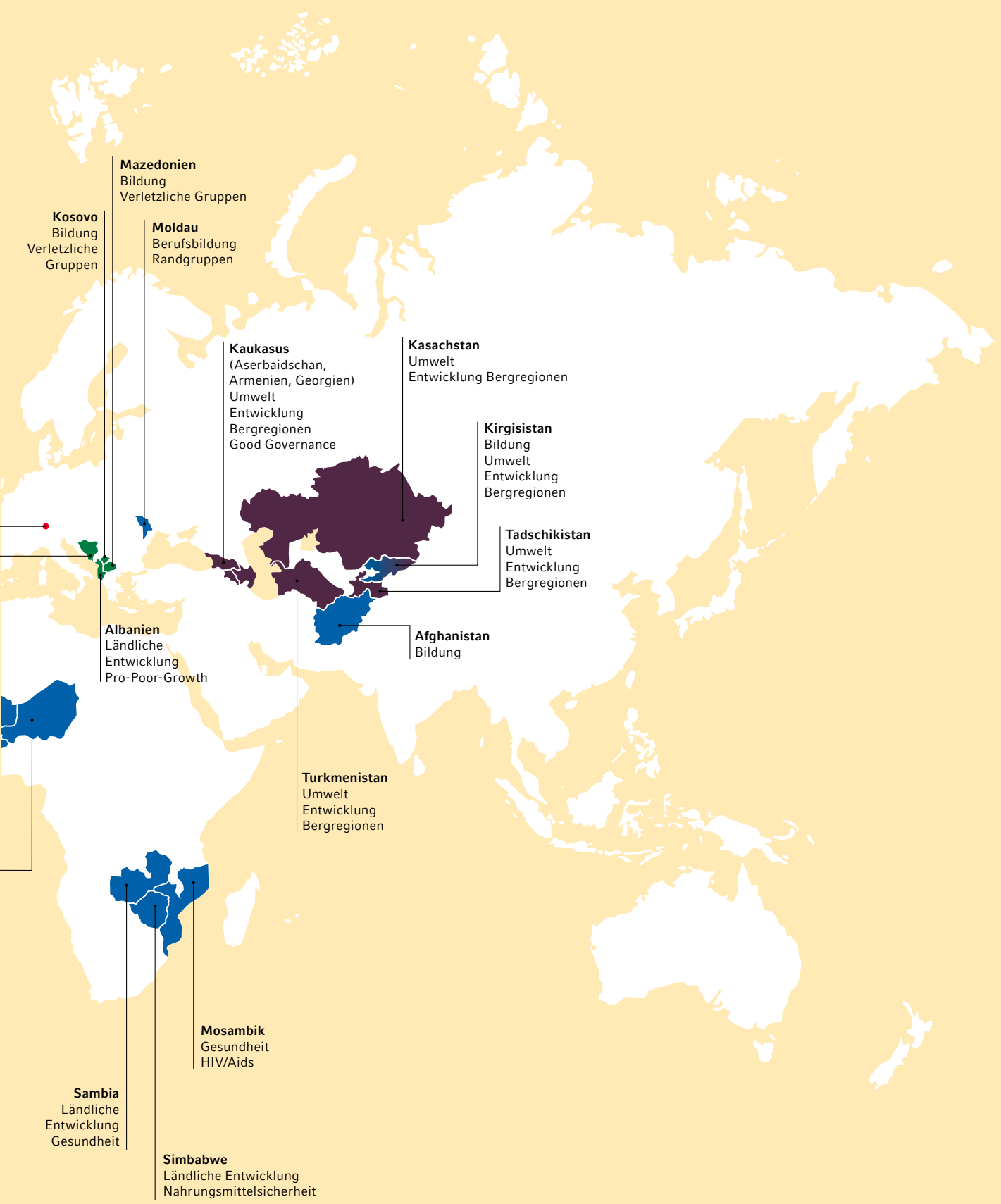


- Afrika 33 %
- Süd- und Zentralamerika 17 %
- Naher Osten 1 %
- Asien 11 %
- Europa 15 %
- International 23 %

Schwerpunktländer und -regionen

- Liechtensteinischer
Entwicklungsdienst (LED)
- Ausländer- und Passamt (APA)
- Amt für Wald, Natur und
Landschaft (AWNL)

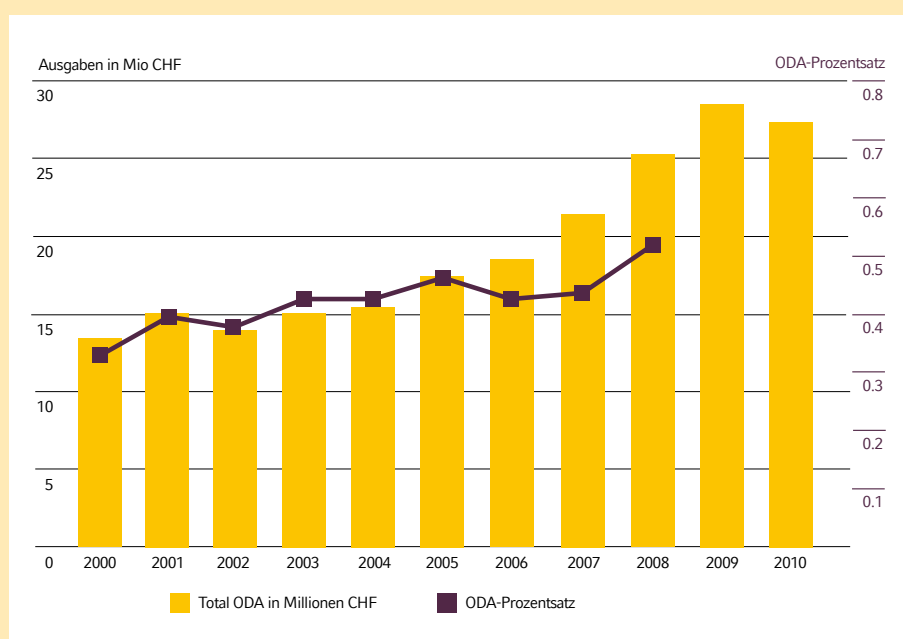




ODA-Entwicklung

Die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) umfasst alle Ausgaben, welche ein Staat gemäss den Kriterien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe ausgibt. Zum zwischenstaatlichen Vergleich der ODA hat sich eine Kennzahl etabliert, welche die ODA im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) eines Staates betrachtet – der sogenannte ODA-Prozentsatz. Der internationale Zielwert für den ODA-Prozentsatz liegt bei 0.7.

ODA-Ausgaben 2000-2010



Die liechtensteinische Regierung hat sich wiederholt für die möglichst rasche Erreichung dieses Ziels ausgesprochen und dazu kontinuierlich mehr Mittel bereit gestellt. Der ODA-Gesamtbetrag, in dessen Berechnung auch der Katastrophenfonds der Gemeinden sowie die Kosten für die Betreuung von Asylsuchenden im Inland einfließen, belief sich im Jahr 2010 auf 27.3 Millionen Franken. Gemäss BNE-Hochrechnungen ist es sehr wahrscheinlich, dass Liechtenstein damit einen ODA-Prozentsatz von 0.6 erreichen wird. Das definitive BNE für das Berichtsjahr liegt allerdings erst im Herbst 2012 vor. Der gegenwärtig vorliegende ODA-Prozentsatz für das Jahr 2008 beläuft sich auf 0.54.

Wirksamkeit in der EZA

Eine internationale Diskussion

I 21

Peter Ritter
Geschäftsführer
Liechtensteinischer
Entwicklungsdienst (LED)



Die Notwendigkeit der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) steht nicht in Frage. Sie ist heute aber einem zunehmenden Legitimitätsdruck ausgesetzt und die Frage nach ihrer Wirksamkeit nimmt einen immer wichtigeren Stellenwert ein. Die internationale Gemeinschaft widmete sich in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts dem Thema Wirksamkeit in der EZA. Etwa 100 Staaten unterzeichneten 2005 die «Paris Declaration on Aid Effectiveness», die fünf zentrale Forderungen enthält und zur Optimierung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit massgeblich beitragen soll. Dabei geht es um die Bereiche Eigenverantwortung, Harmonisierung, Angleichung und Partnerausrichtung, Ergebnisorientierung und gegenseitige Rechenschaftspflicht.

Im Aktionsplan von Accra 2008 wurden Gruppierungen der Zivilgesellschaft als eigenständige Entwicklungsakteure anerkannt und in diesen Prozess integriert. Damit soll – und das stellt eine wesentliche Erweiterung zur Deklaration von Paris dar – die Wirksamkeit von Entwicklung (Development effectiveness) verbessert werden. Mit mehrjährigen, gemeinsam erarbeiteten Kooperationsabsichten wird die Unterstützung für alle Partner besser vorhersehbar. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit von Bedingungen der Geberländer gelöst werden. Das bedeutet beispielsweise das Benutzen von lokal vorhandenen administrativen Kanälen für den Mittelfluss, die Lockerung von Lieferbindungen für die Beschaffung notwendiger Güter und die bessere gegenseitige Absprache von zeitlichen und inhaltlichen Verwendungsbestimmungen. Am wichtigsten aber: Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sollen als unabhängige und eigenständige Entwicklungsakteure in die Kooperationen eingebunden werden.

Die Entkopplung von Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftlichen Eigeninteressen ist für die liechtensteinische IHZE seit jeher gegeben. Hinter den unterstützten Projekten verbergen sich beispielsweise keine Exportförderungen. Die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme durch die EZA waren in Liechtenstein nie relevant. Liechtenstein strebt durch sein Engagement nachhaltig positive Veränderungen an.

Im September 2010 in Istanbul haben die Organisationen der zivilen Gesellschaft (NGOs) in einem nächsten Schritt Prinzipien festgehalten, wie nachhaltige, positive Veränderungen herbeizuführen sind. Danach sind diese Organisationen nachhaltig wirksam für Entwicklung, wenn sie

- Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit absolute Priorität einräumen,
- Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen und Geschlechtergleichbehandlung mit der Förderung der Rechte von Frauen und Mädchen vereinen,
- demokratische Eigentümerschaft und Teilhabe sicherstellen,
- auf Umwelttragfähigkeit hinarbeiten,
- Rechenschaft ablegen und Transparenz gewährleisten,
- gleichberechtigte Partnerschaft weiterentwickeln,
- Wissen miteinander aufbauen, teilen und reflektieren sowie
- Zukunftsfähigkeit in den Ergebnissen der gemeinsamen Arbeit sichern.

Im Dezember 2011 wird in Südkorea ein weiterer Baustein zum Thema Wirksamkeit im Entwicklungsprozess gelegt.

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit EZA konzentriert sich auf die Entwicklung ländlicher Regionen in zwölf Schwerpunktländern und gibt dabei der Frauenförderung, der sozialen Gerechtigkeit und der Umwelt in allen Aktivitäten Vorrang. Sie wird von der privatrechtlichen Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED) auf der Basis einer Leistungsvereinbarung mit der Regierung durchgeführt.

Simbabwe

22 |

Kampf unter schwierigen Umständen

Die Anforderungen an die Akteure der EZA wachsen stetig. Um die Wirksamkeit der Massnahmen in den Projekten zu erhöhen und besser darstellen zu können, gibt es verschiedene Wege. Der LED verfolgt bei allen Projekten das Ziel einer anhaltend positiven Veränderung im Leben der lokalen Bevölkerung und achtet auf das Erreichen dieser mit angemessenen Mitteln. Diese Herausforderung ist üblicherweise von schwierigen Rahmenbedingungen gezeichnet. Die EZA besteht in der Regel nicht aus der Beseitigung von Mängeln. Es geht darum, soziale, politische und wirtschaftliche Prozesse in Gang zu bringen. Da die Einflussmöglichkeiten von aussen auf die sehr komplexen Systeme bescheiden sind, braucht die EZA lokale Kompetenz. Lokale Fachleute können lokalen Herausforderungen besser begegnen.

In Simbabwe hat der LED zum Beispiel seine Arbeit weitergeführt, auch in der Zeit, als viele Hilfsorganisationen aus politischen Überlegungen ihre Projekte abgebrochen haben. Die Bevölkerung leidet mehr in Zeiten politischer Unterdrückung, wirtschaftlichen Niedergangs und Hyperinflation. In den letzten Jahren haben in Simbabwe Hunger, Arbeitslosigkeit, Energieknappheit und Binnenflucht leider zugenommen.

Trotz grünen Schirmakazien und Buschwerk offenbart die atemberaubende Landschaft den grossen Wassermangel und den weiten Weg für Mensch und Tier im ländlichen Simbabwe.



Im «Human Development Index» der Vereinten Nationen nimmt Simbabwe im Jahre 2010 den letzten Platz ein. Trotz dieses schwierigen Umfelds zeigen die folgenden Projekte, die der LED ausschliesslich mit Gruppierungen der Zivilgesellschaft durchführt, gute Wirkung.

Mwenezi Development and Training Centre (MDTC)

Ein Damm entsteht in Handarbeit.
Er hält den spärlichen Regen zurück
und dient in der Trockenzeit
als Wasserversorgung.

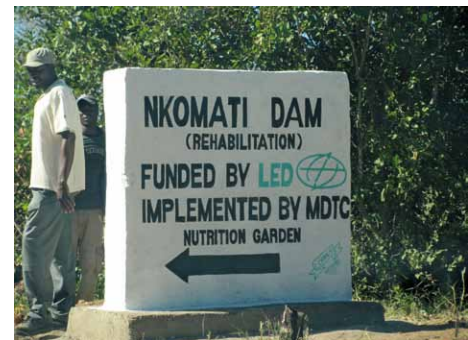


Das «Mwenezi Development and Training Centre (MDTC)» befindet sich im Süden des Landes in der Provinz Masvingo, relativ nahe an der Grenze zu Südafrika. Die Organisation leistet einen Beitrag zur Armutsbekämpfung der marginalisierten ländlichen Bevölkerung und verfolgt dabei einen ganzheitlichen Ansatz, indem sie folgende Bereiche fördert:

- **Berufsausbildung:** Es werden Kurse in Betriebsführung, Bau, Zimmerei, Schneiderei, Metallverarbeitung und Gewerbeprüfung angeboten. Ebenso wird eine industrielle Orientierung gefördert.
- **Unternehmensförderung:** Unternehmer nehmen an einer Weiterbildung in Businessmanagement, Marketing und Beratung teil.
- **Landwirtschaft und Ernährungssicherung:** Die ländliche Bevölkerung von Mwenezi wird mit dem Anbau und der Züchtung von lokalem Saatgut und dürreresistenten Getreidesorten gefördert. Ferner wird das Anlegen von weiteren Gärten und das Management des Bewässerungssystems unterstützt.
- **Gemeindeprojekte:** Die Einkommens- und Ernährungssituation von Familien wird durch Ziegen-, Fisch- und Geflügelproduktion sowie Vermarktung verbessert. Um den Zugang zu Gesundheits- und Ausbildungseinrichtungen zu gewährleisten, werden Gesundheitszentren sowie Schulen in Mwenezi saniert. Kleine und mittel-

grosse Staudämme werden wiederhergestellt, sodass bis 2012 rund 5'600 Haushalte von diesen verlässlichen Wasserquellen profitieren können.

- **Querschnittsthemen:** Gender, HIV/Aids und Umwelt werden als Querschnittsthemen in die Projekte integriert.
- **Organisationsentwicklung:** Sowohl die operative als auch die administrative Leistungsfähigkeit der Organisation wird verbessert, um den Bedürfnissen der Zielgruppe noch besser entsprechen zu können. Erreicht wird dies mittels Schulungen für das Personal und den Verwaltungsrat sowie mit der Sicherstellung von materieller und finanzieller Nachhaltigkeit.



Wasserversorgung in der Trockenzeit.
Wegweiser verlaufen die Herkunft des Werkes.

Das MDTC generiert Einkommen durch Vermietung von Zimmern und Konferenzräumen, Geflügelzucht und den Verkauf von Dienstleistungen und Waren. Damit kann das MDTC zusammen mit der lokalen Bevölkerung 43% des Jahresbudgets selbst erwirtschaften.

Auszüge aus dem Evaluationsbericht der unabhängigen Konsulenten Museveni, Mlambo und Masvinge, Simbabwe, zur MDTC-Projektphase 2007-2009:

«Gemäss zweitem Projektantrag (2007-2009) an den LED verfolgt das MDTC das Ziel, die sozioökonomischen Lebensbedingungen der armen ländlichen Bevölkerung des Mwenezi-Distrikts zu verbessern, indem es praktische Handwerksausbildung, unternehmerische Entwicklung und Ernährungssicherungsprogramme zur Selbsthilfe anbietet. (...) Die partizipative Evaluation kam zum Ergebnis, dass das MDTC die meisten seiner spezifischen Projektziele erreicht hat und in einigen Ausbildungsprogrammen die Zielvorgaben übertroffen hat. Eine langfristige Auswirkung in der Ernährungssicherung konnte ebenfalls festgestellt werden. Insgesamt wurden sechs Dämme wiederhergestellt und fünf davon sind derzeit mit Wasser gefüllt. Sie werden für bewässerten Gartenbau und



MDTC: Besonders Gemüsegärten können in der Trockenzeit die Ernährung sichern und auch Einkommen schaffen. Eine Wirkung, die Anlass zur Freude ist.

zum Tränken des Viehs, eine der wichtigsten Lebensgrundlagen im Mwenezi-Distrikt, genutzt. (...)

17 Bauern des Distrikts sind als lokale Saatgutproduzenten registriert. Sie sind zugelassen, das Saatgut an andere Farmer zu verkaufen. Über 265 Bauernfamilien haben das lokale Saatgut als Teil der Ernährungssicherung verwendet. (...) Sieben Gemüsegärten mit jeweils über 50 Mitgliedern, also insgesamt 354 Haushalte, wurden eingerichtet und vier neue Gärten werden gerade vorbereitet. (...)

Die Berufsausbildung zeigt ebenfalls Wirkung im Distrikt. In der Bauausbildung sind es 109 Studenten, die Zimmerei hat 91 Auszubildende, 128 lernen das Schneiderhandwerk und 40 bilden sich in Metallarbeit aus. Die Bauabteilung hat mit den Lehrlingen 2 Schulgebäude im Distrikt gebaut; (...)

Diese Ergebnisse und Fortschritte wurden unter herausfordernden sozioökonomischen und politischen Bedingungen erreicht und das ist anerkennenswert.»

Aufgrund der Ergebnisse der Evaluation, die auch konkrete Empfehlungen für Verbesserungen im Projekt gab, beschloss der LED, die Zusammenarbeit mit MDTC für die Jahre 2010 bis 2012 fortzusetzen.

Lupane Women's Centre (LWC)

Das «Lupane Women's Centre (LWC)» ist mit über 3'000 Mitgliedern zu einem Entwicklungsgenerator für den Lupane Distrikt im Westen Simbabwe geworden. Durch die Vielfalt der Einkommen generierenden Tätigkeiten der vorwiegend weiblichen Mitglieder finanziert das LWC seit 2010 knapp 50% seines Jahresbudgets aus eigenen Einnahmen. Auf dieser soliden Basis kann nun auch sozialen Anliegen Geltung verschafft werden, und die Zivilgesellschaft wird befähigt, ihre im Prinzip komplementäre, in Simbabwe derzeit leider den Staat ersetzende Rolle auszufüllen. Das LWC funktioniert auch als lokaler Knotenpunkt.

Das Frauenzentrum hilft Frauen, ihre Lebenssituation zu verbessern. Sie werden zum Beispiel in der handwerklichen Produktion von Körben und Taschen sowie der Aufzucht von Ziegen oder dem Anlegen von Gemüsegärten unterstützt, damit sie für ihre Familien ein Einkommen neben der äusserst anfälligen Subsistenzwirtschaft haben. Die Frauen werden aus- und weitergebildet, um die Qualität und Quantität der Produkte zu erhöhen. Die gefertigten Produkte werden auf nationalen und internationalen Märkten verkauft. Neben den kunsthandwerklichen Körben und Taschen werden auch Seifen, Kerzen, Cremes, Textilien und anderes hergestellt und verkauft.

Die Frauen sind in Gruppen von durchschnittlich 15 bis 20 Mitgliedern organisiert. Jeder Club hat zwei Repräsentantinnen, welche an einem monatlichen Meeting teilnehmen. Dort vertreten sie die Bedürfnisse ihrer Clubs und geben die erhaltenen Informationen an die Mitglieder weiter.



LWC: Diese Frauen produzieren auch für den Export. Der unternehmerische Erfolg legt den Grundstein für die eigene Entwicklung.

Umweltschutz ist ein transversales Thema in den Clubs. Der schonende Umgang und die Nutzung der lokalen Ressourcen werden den Frauen durch die Gärten und durch die Nahrungsverarbeitung vermittelt. Das Zentrum betreibt einkommensgenerierende Aktivitäten wie die Vermietung von Gästezimmern und eines Tagungszentrums.

Auszug aus dem Bericht zur Projektreise (Juli 2010) von Ute Mayer, Projektverantwortliche beim LED, und Stiftungsrätin Luzia Walch:

«Seit dem letzten Besuch hat das LWC riesige Fortschritte gemacht. Durch die Mobilisierung der Distriktbevölkerung stieg die Mitgliedzahl auf über 3'000 Personen an. Das Lupane-Programm deckt nun wie geplant den gesamten Distrikt ab. Die Mitgliedschaft ist auch für Männer offen, in den Gruppen wird aber darauf geachtet, dass die Frauen die Führung behalten. Neu sind auch mehr jüngere Frauen dabei, die sich vor allem am Gemüseanbau beteiligen. Die Herstellung der Körbe liegt nach wie vor vermehrt in den Händen der älteren Frauen. Mit dieser Ausweitung der Mitgliederzahlen und der Integration verschiedener Altersgruppen hat Lupane einen Kritikpunkt, der bei der Evaluation vor drei Jahren hervorgehoben wurde, ins Positive umsetzen können.

Es lässt sich eine starke Dynamik im Projekt feststellen. Das Lupane-Team hat gemerkt, dass sie mit dem Zentrum und den Einkommen schaffenden Aktivitäten sehr erfolgreich Einnahmen machen.

Diese Dynamik hat sich auch auf die Bevölkerung im Distrikt ausgewirkt, es entstehen mehr Eigeninitiativen und gemeinsame Aktivitäten in Gruppen.»

Beide vorgestellten Projekte haben Bemerkenswertes bewirkt. Neben der eigentlichen Projektarbeit entstand ein gegenseitiger Lern- und Teilhabeprozess. Dieser regelmässige Erfahrungsaustausch zwischen MDTC und LWC ist eine Wirkung, die dem LED sehr am Herzen liegt. Aus Entwicklungszusammenarbeit entsteht Süd-Süd-Kooperation, die Partner des LED leiten die Projekte als treibende Kraft.

Stimmen aus dem Projekt (Februar 2010, aus dem Rundbrief der LED-Mitarbeiterin Marion Plüss, die für sechs Monate als Beraterin für LWC tätig war)

Keitumetsi Ncube
Verkaufsassistentin
bei Lupane



Was machen Sie als Sales Assistant im Lupane Women Centre?

«Ich empfangen die Handarbeiten der Frauen, nehme sie in unserer Liste auf, mache sie für den Verkauf bereit, bezahle den Frauen ihre Ware, betreue Rezeption, Lagereingang und Lagerausgang aller Waren im Centre, führe Buch über alle Verkäufe im Restaurant und Hotel und gehe gelegentlich auch mal schnell Fehlendes für die Küche einkaufen. Ich betreue auch die Datenliste der Mitglieder von 2'700 Frauen.

Die eingehenden Produkte müssen aufgelistet, mit dem Namen der Künstlerin, dem Preisschild, und dem Datum der Herstellung versehen werden. Sie kommen in die Liste des LWC und sind fertig für den Verkauf. Vorgestern wurde ein Auftrag nach Südafrika ausgeliefert, und alle waren bemüht, die nötigen Labels am Produkt anzubringen. Es gilt termingerecht und in guter Qualität zu liefern.»

Siduduzile Sibanda
Buchhalterin bei Lupane (links)
neben der LED-Mitarbeiterin
Marion Plüss (rechts)



Haben Sie eine spezielle Nachricht für unsere Leserinnen und Leser?

«Ich bin sehr stolz auf die Art, wie wir gewachsen sind. Es ist gut, mit den Menschen hier zu arbeiten, zu sehen, wie sie in unserem Frauenprojekt eine Veränderung durchleben, sich bilden und entwickeln. Die Frauen können nun ihren Kindern Schulbücher kaufen und sich ein Paar Schuhe leisten. Der LED hat das Projekt finanziert. Wir dürfen die Resultate sehen.»

Wenn es plötzlich dunkel wird

28 |

Vom Umgang mit Leid und Zerstörung

Was kann ein kleines Land wie Liechtenstein tun, wenn irgendwo auf der Welt eine humanitäre Katastrophe eintritt? Diese Frage wird uns immer wieder gestellt, und sie interessiert nicht nur die Medien, sondern zunehmend auch die liechtensteinische Bevölkerung und den Landtag.

Es ist verständlich. Man sieht die verheerenden Bilder am Fernsehen und in den Zeitungen und möchte helfen. Aber wie? Im Folgenden soll aufgezeigt werden, welche Überlegungen beim Amt für Auswärtige Angelegenheiten und bei der Regierung angestellt werden und wie bei der Entscheidungsfindung vorgegangen wird.



Andrea Hoch
Amt für Auswärtige
Angelegenheiten

Der Wiederaufbau der staatlichen Schule «Ecole Nationale de Dessources» in Léogâne, Haiti, hat begonnen. Das Projekt wird von Liechtenstein und der Schweiz gemeinsam finanziert.

Haiti – am 12. Januar 2010 erschütterte ein Erdbeben der Stärke 7 auf der Richterskala die Region in und um die Hauptstadt Port-au-Prince. Aufgrund der generell schlechten Bausubstanz kollabierten ganze Stadtteile und Dörfer. Zahllose Menschen wurden unter den Trümmern begraben. Gemäss UNO-Quellen kamen über 230'000 Menschen ums Leben, gegen 300'000 Personen wurden verletzt. Rund 1,5 Millionen Menschen verloren ihr Obdach und leben mehrheitlich heute noch in provisorischen Unterkünften. Da die Infrastruktur und damit auch die Kommunikation weitgehend zerstört waren, gelang es den internationalen Hilfsorganisationen und Rettungskräften nur mit grössten Schwierigkeiten und mit einiger zeitlicher Verzögerung, vor Ort zu gelangen und mit der notwendigen Überlebenshilfe zu beginnen.

Die liechtensteinische Regierung reagierte auf den Hilfsappell der UNO mit finanziellen Beiträgen in der Höhe von insgesamt 200'000 Franken an das UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP), das UNO-Kinderhilfswerk (UNICEF) und das Welternährungsprogramm (WFP). Unterstützt wurden damit unter anderem «early recovery»-Massnahmen, bei denen es primär um die Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten ging. Die Menschen sollten möglichst rasch wieder in die Lage versetzt werden, für sich und ihre Familien selbst zu sorgen. Neben der Abgabe von Geld für die Räumung des

Katastrophengebiets von Schutt und Trümmern und für die Aufrechterhaltung von kleinen Gewerbebetrieben wurde der Wiederaufbau zentraler Infrastruktur vorange-
trieben.

Ein weiterer Beitrag für den längerfristigen Wiederaufbau wurde bereits früh ins Auge gefasst. Ende 2010 wurde beschlossen, zusammen mit der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) den Wiederaufbau einer staatlichen Schule zu finanzieren. Die DEZA konzentriert sich in Haiti vornehmlich auf die Vermittlung von Know-how für den erdbebensicheren Wiederaufbau von Gebäuden. Dafür wurde eigens ein Kompetenzzentrum eingerichtet. Ferner plant und koordiniert sie den Wiederaufbau von mehreren Schulen, welche durch das Erdbeben komplett zerstört wurden. Der Spatenstich für den Bau der ersten zwei Schulen erfolgte am Jahrestag des Erdbebens im Januar 2011.

Eine Aufnahme vom 28. August 2010 zeigt ein überflutetes Dorf der Provinz Punjab in Pakistan.



Ein anderes Szenario im Sommer 2010: Ein ungewöhnlich langer und heftiger Monsunregen überflutete weite Teile Pakistans. Im Gegensatz zu Haiti entwickelte sich diese Katastrophe schleichend, von Tag zu Tag wurden die Meldungen schlimmer. Rund 20 Millionen Menschen waren von der Katastrophe betroffen. Trotz relativ gut organisierter nationaler Hilfe – vornehmlich durch das Militär – war es Pakistan nicht möglich, allein mit der Notlage fertig zu werden. Auch hier folgte ein Hilfsappell der UNO. Weil eines der Hauptprobleme die Verfügbarkeit von sauberem Wasser und die sanitäre Situation darstellte, entschied sich die liechtensteinische Regierung, einen Beitrag von 100'000 Franken an UNICEF, die in diesem Bereich federführende UNO-Organisation, zu sprechen.

Gleichzeit lancierten das Liechtensteinische Rote Kreuz (LRK) und Caritas Liechtenstein einen Spendenaufruf in den Zeitungen. Die gesammelten Spenden wurden von der Regierung mit je 50'000 Franken aufgestockt.

Not- und Wiederaufbauhilfe

Die Not- und Wiederaufbauhilfe leistet kurzfristige und dringliche Vorbeuge- und Hilfsmassnahmen zur Erhaltung menschlichen Lebens und zur Linderung der Folgen von Naturkatastrophen, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten. Sie umfasst auch den mittelfristigen Aufbau von gesellschaftlichen Strukturen und Infrastruktur in Regionen, die von Katastrophen, politischen Krisen und bewaffneten Konflikten betroffen sind.

Die liechtensteinische Caritas setzte die eingegangenen Spenden für Projekte der Partnerorganisation Caritas Österreich ein. Im Rahmen der Soforthilfe wurden Hängebriicken aus Holz und Seilen errichtet, um von der Versorgung abgeschnittenen Familien den Zugang zu Märkten und Verteilungspunkten zu ermöglichen. Ausserdem wurden rasch Wasserleitungen wieder instand gesetzt, um die Gefahr von lebensgefährlichen Erkrankungen durch verseuchtes Wasser zu dämmen. Eine weitere Massnahme war die Verteilung von Saatgut. Das LRK überwies einen Teil der Spendengelder an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen dem pakistanischen Militär und bewaffneten Gruppierungen in der Grenzregion zu Afghanistan war Pakistan bereits vor der Naturkatastrophe ein Einsatzgebiet des IKRK. Das IKRK war daher bereits zur Stelle und konnte in Zusammenarbeit mit der pakistanischen Regierung und dem pakistanischen Roten Halbmond unmittelbar mit der Soforthilfe beginnen. Weitere Spenden wurden vom LRK an die Missio Austria und die Salvatorianer weitergeleitet.

Diese zwei ganz unterschiedlichen Situationen zeigen die Grundzüge der liechtensteinischen Not- und Wiederaufbauhilfe deutlich auf. Zum einen wird klar, dass unsere Hilfe grundsätzlich finanzieller Natur ist. Wir verfügen über keine eigenen Einsatzkräfte, die bei Naturkatastrophen rasch vor Ort reisen und Hilfe leisten können. Dafür haben wir unsere bewährten Partnerorganisationen, welche uns jeweils zuverlässig über die Situation vor Ort informieren, und denen wir je nach Art der Katastrophe einen Beitrag zukommen lassen. Das IKRK ist meistens die erste Wahl, wenn es sich um bewaffnete Konflikte handelt. Bei Naturkatastrophen ist zunehmend die UNO die Hauptakteurin. Damit die Organisationen wirklich unmittelbar Hilfe leisten können und nicht zuerst auf die Überweisung von Spendengeldern warten müssen, gibt es verschiedene wichtige Nothilfefonds wie den Central Emergency Response Fund (CERF) oder den Immediate Response Account des Welternährungsprogramms (IRA), welche von Liechtenstein ebenfalls jährliche Beiträge erhalten. Und zu guter Letzt wird im Rahmen der Erstabklärungen auch immer im Gespräch mit dem LRK und der Caritas eruiert, ob allenfalls ein nationaler Spendenaufruf lanciert wird, an dem sich die Regierung beteiligen kann.

Damit sind wir zurück bei der Anfangsfrage: Was kann ein kleines Land wie Liechtenstein tun? Wir können sehr viel tun. In Zahlen ausgedrückt waren es im Jahr 2010 knapp 2.7 Mio. Franken, die für die Nothilfe und den Wiederaufbau aufgewendet wurden. Auch wenn wir «nur» Geld geben, können wir damit Leben retten und den Betroffenen den Weg zurück zur Normalität erleichtern.

Wir müssen uns jedoch auch im Klaren sein, dass wir nicht immer und überall helfen können. Was gern vergessen wird, ist, dass die Betroffenen nach der ersten akuten Phase unter Umständen noch jahrelang auf Unterstützung angewiesen sind, bis sich das gesamte Lebensumfeld und die lokale Wirtschaft wieder erholt haben. Daneben gibt es im Verborgenen Hunderttausende von Menschen, die Hunger leiden oder aufgrund von bewaffneten Konflikten von ihrem Zuhause vertrieben worden sind und ohne die Unterstützung von Hilfsorganisationen nicht überleben könnten. Die Regierung hat es sich zum Ziel gesetzt, auch diese unsichtbaren Opfer nicht zu vergessen.

Korruption und Geldwäscherei

Ein Thema für Entwicklungspolitik und Finanzplatz

I 31

Christine Lingg
Amt für Auswärtige
Angelegenheiten



Heute ist anerkannt, dass Korruption eines der grössten Hindernisse für Entwicklung ist. Besonders Arme leiden unter deren massiven Folgen. Gemäss Schätzungen der Weltbank gehen jährlich 1'000 Milliarden US-Dollar durch Bestechung verloren. Geld, das in anderen Bereichen – beispielsweise in der gesundheitlichen Grundversorgung – fehlt. Zudem untergräbt Korruption die demokratischen Institutionen eines Landes, schwächt die Wirtschaft und hält ausländische Investoren ab. In engem Zusammenhang mit der Korruption steht die Geldwäscherei, welche die Einschleusung von Vermögenswerten aus Korruption und anderen Delikten in den legalen Finanz- und Wirtschaftskreislauf zum Ziel hat.

Trainingsprogramm des «International Centre for Asset Recovery ICAR» für Strafverfolgungsbehörden in Indonesien. Ziel der Schulung ist die Unterstützung der indonesischen Behörden beim Aufspüren und Rückführen von gestohlenen Vermögen.



Die internationale Entwicklungszusammenarbeit hat ihre Lehren aus diesen Erkenntnissen gezogen. Das Bewusstsein, dass gerade auch Entwicklungsgelder der Korruption zum Opfer fallen können, ist gewachsen, neue Kontrollinstrumente wurden entwickelt. Liechtenstein unterstützt heute, wie viele Geberländer, Massnahmen zur Förderung der «Good Governance», einer guten Regierungsführung. Seit einigen Jahren fördert Liechtenstein entsprechende UNO-Organisationen in ihrer Arbeit, so etwa das Anti-Korruptionsprogramm des UNO-Entwicklungsprogramms. Eine zentrale Rolle nimmt auch das UNO-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung ein, an dessen verschiedene Programme und Projekte Liechtenstein seit 2005 Beiträge leistet. Erwähnenswert ist hier insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Globalen Programm zur Geldwäschereibekämpfung (GPML), da sie ein Beispiel dafür ist, dass auch ein kleines Land wie Liechtenstein nicht nur als Geldgeber auftritt. Liechtenstein hat dem GPML in den letzten Jahren direkt Expertise zur Verfügung gestellt: Einerseits finanzierte die Regierung von 2008 bis 2010 mit Julia Pilgrim eine liechtensteinische Mitarbeiterin im GPML, andererseits haben sowohl die liechtensteinische FIU als auch die Staatsanwaltschaft mehrfach bei Schulungen des GPML für Entwicklungsländer als Experten gewirkt.

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Mit der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit wird Problemen begegnet, die infolge ihrer Komplexität, ihrer politischen Sensibilität beziehungsweise ihrer globalen oder grenzüberschreitenden Relevanz ein gemeinsames Engagement von Ländern, Völkern und Organisationen erfordern.

Im selben Themenbereich unterstützt Liechtenstein mit dem «Basel Institute on Governance» eine Nichtregierungsorganisation, welche auf ihrem Gebiet Pionierarbeit leistet. Das bei diesem Institut angesiedelte Zentrum für die Rückführung von illegal erworbenen Vermögenswerten (ICAR) bietet Schulungen und Beratungen für Entwicklungsländer, welche mit dem Problem von gestohlenen Geldern konfrontiert sind. Liechtenstein hat das ICAR seit seiner Gründung im Jahr 2006/2007 mit jährlichen Beiträgen in der Grössenordnung von 350'000 Franken unterstützt und gehört zu den drei Hauptgeldgebern des Zentrums.

Mit dem Einsatz für die Stärkung staatlicher Strukturen in Entwicklungsländern, welche der Korruptions- und Verbrechenbekämpfung und letztlich der Bekämpfung der Armut dienen soll, engagiert sich Liechtenstein in einem Bereich, welchem von der internationalen Gemeinschaft grosse Wichtigkeit beigemessen wird. Gleichzeitig ist das IHZE-Engagement in diesem Bereich eine Ergänzung der liechtensteinischen Politik der letzten Jahre, einschlägige Übereinkommen zu ratifizieren und internationale Finanzplatzstandards umzusetzen. So wurde etwa im letzten Jahr das UNO-Übereinkommen gegen Korruption ratifiziert. Mit der Expertise, die Liechtenstein beispielsweise über die FIU oder die Staatsanwaltschaft einbringt, können zudem Synergien mit Akteuren ausserhalb der IHZE genutzt werden.

«Unser Spezialwissen bringen wir gerne ein»

«In den letzten zehn Jahren war der liechtensteinische Finanzplatz einem grundlegenden Wandel ausgesetzt: Internationale Standards wurden übernommen und konsequent umgesetzt, neue Institutionen wie die FIU, die zentrale Meldestelle für Verdachtsfälle von Geldwäscherei, geschaffen. Es ist meine Überzeugung, dass Liechtenstein, indem es die Expertise, die in den vergangenen zehn Jahren in diesem Prozess aufgebaut wurde, anderen Ländern zur Verfügung stellt, der internationalen Gemeinschaft etwas zurückgeben kann und soll. Deshalb ist die FIU in den vergangenen Jahren unter der Ägide von Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds IWF oder dem Globalen Programm zur Geldwäschereibekämpfung GPML unter anderem in Kirgisistan, der Elfenbeinküste und Madagaskar aktiv beim strukturellen Aufbau neuer Behörden, vor allem FIUs, zur Seite gestanden.»

«Die Liechtensteinische Staatsanwaltschaft hat in den vergangenen elf Jahren (leider) viel Erfahrung beim Aufspüren, der Sicherung und der Konfiszierung krimineller Gelder gesammelt. Unser Spezialwissen bringen wir gerne international ein. So war ich im Rahmen der STAR (=Stolen Asset Recovery)-Initiative der UNO und der Weltbank als Experte zu Workshops eingeladen und habe Vorträge bei Fortbildungen des GPML, des ICAR oder des US-Departement of Justice gehalten. Ich konnte Kollegen aus Bangladesh, Indonesien, den Philippinen, Thailand, Kenia, Nigeria, Madagaskar, Südafrika, Kuwait, Haiti, Brasilien und Mexiko erklären, wie sie Rechtshilfeersuchen an Liechtenstein formulieren müssen. Die Liechtensteiner Justiz wird als kompetenter Partner bei der Geldwäschereibekämpfung wahrgenommen. Wir selbst profitieren vom dabei gewonnenen Kontaktnetz und nützen das Spezialwissen etwa des ICAR. Dieses Engagement ist gut für das Image, weil wahrgenommen wird, dass Liechtenstein kein sicherer Hafen für Kleptokraten ist.»

René Brühlhart
Leiter Financial Intelligence Unit (FIU)
Liechtenstein



Robert Wallner
Leitender Staatsanwalt
Liechtensteins



Ermittler in Entwicklungsländern ausbilden

Daniel Thelesklaf
Executive Director
Basel Institute on Governance
International Centre for Asset Recovery
(ICAR)



Herr Thelesklaf, was hat das ICAR in den fünf Jahren, in denen es von Liechtenstein unterstützt wurde, erreicht?

Unser Auftrag ist die Unterstützung von Entwicklungsländern beim Aufspüren und bei der Rückführung von gestohlenen Vermögen. In einigen Fällen hat unsere Arbeit dazu geführt, dass solche Gelder gefunden werden konnten. Wir müssen Entwicklungsländer langfristig in die Lage versetzen, diesen Prozess alleine zu bestreiten.

Was hat es nicht erreicht?

Eine Herausforderung ist das Aufspüren von kriminellen Geldern. Heute ist es so, dass wir die Instrumente haben, um schmutzige Gelder zu beschlagnahmen. Die Suche nach solchen Geldern ist nicht einfacher geworden und die Lücke zwischen unseren Mitteln und den Möglichkeiten der Verbrecher ist noch immer gross.

Warum braucht es gerade das ICAR?

Asset Recovery ist ein komplexer Prozess. Um erfolgreich zu sein braucht es Finanzexperten, Ermittler, Staatsanwälte und IT-Cracks. ICAR ist die weltweit einzige Organisation, in der diese Kompetenzen, vernetzt in einem internationalen Team, vorhanden sind. Ausserdem sind wir politisch neutral und müssen von den Entwicklungsländern kein Geld verlangen.

Wieso ist es für Entwicklungsländer denn so schwierig, gestohlene Gelder zurückzufordern und zurückzuerlangen?

Kriminelle Organisationen haben alle Experten, die es braucht, um den Hintergrund von Transaktionen zu verschleiern. Entwicklungsländer haben kaum Möglichkeiten, um solche Transaktionen nachzuvollziehen. Es gibt viele legitime Zwecke für eine vertrauliche Behandlung von finanziellen Angelegenheiten – aber leider profitieren auch Kriminelle von den Möglichkeiten, die ein moderner Finanzplatz bietet. Hier wird auch in Zukunft die Herausforderung für Finanzplätze liegen: die Spreu vom Weizen zu trennen, und Diskretion dort anzubieten, wo sie legitim ist und keinen Schutz für Kriminelle bietet.

Was bringen Schulungen für Staatsanwälte, hohe Beamte etc. den armen Menschen in Entwicklungsländern wirklich? Anders gefragt: Ist es gerechtfertigt, dafür IHZE-Gelder auszugeben?

Ein starkes Land hat ein starkes Justizsystem, das seinen Bürgern garantieren kann, dass Verbrechen im Rahmen des Möglichen aufgeklärt werden können. Entwicklungsländer haben oft sehr schwache Justizstrukturen, die dies verunmöglichen. Besonders zynisch ist daran, dass es die korrupten Machthaber waren, die das Justizsystem geschwächt haben und nun davon profitieren.

Was bedeutet der liechtensteinische Beitrag für das ICAR?

Liechtenstein ist unser drittgrösster Geldgeber. Die Gelder aus Liechtenstein ermöglichen es uns unter anderem Hunderte von Ermittlern auszubilden. Ohne Liechtenstein müssten wir auf mindestens zwei wertvolle Experten verzichten.

Internationale Solidarität

34 |

Ein aussenpolitischer Schwerpunkt

Im Berichtsjahr 2010 standen Liechtenstein 26.6 Millionen Franken für die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) zur Verfügung. Mit diesem – in absoluten Zahlen gesehen – bescheidenen Budget, kann Liechtenstein Probleme, die globaler Natur sind, nicht lösen. Liechtenstein ist aber sehr wohl imstande, mit diesen Mitteln einen konkreten und sichtbaren Beitrag zur weltweiten Armutsbekämpfung zu leisten. Der vorliegende Jahresbericht macht dies – im Sinne eines Streifzugs durch verschiedene Projekte – deutlich.



Botschafter
Dr. Martin Frick
Leiter des Amts für
Auswärtige Angelegenheiten



Durch die liechtensteinische IHZE können die Lebensumstände von Tausenden von Menschen verbessert werden. Dabei liegt der Fokus ganz bewusst auf Regionen oder Problemfeldern, die von der internationalen Gemeinschaft wenig Beachtung erhalten und bei denen Liechtenstein eine besondere Expertise aufweist. Beispielhaft kann die im Artikel zur Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe beschriebene Zusammenarbeit mit der Caritas Schweiz in Kosovo und Bosnien-Herzegowina erwähnt werden. Die Projektarbeit in solchen «Nischen» zeigt auf, dass auch ein kleiner Geber eine zentrale Rolle spielen kann.

Die Arbeit eines Nischenplayers: Interaid, ein Projektpartner des LED, engagiert Studenten und Sozialarbeiter in der Umgebung von Nacala-Velha, Mosambik, welche für längere Zeit in den Dörfern leben und über Hygienemassnahmen, Prävention von Krankheiten etc. informieren.

Das Engagement Liechtensteins im Rahmen der IHZE wird im Ausland offensichtlich wahrgenommen. Unser Land wird als verlässlicher und solidarischer Partner gesehen und geschätzt. Unser Engagement wollen wir weiterführen, um als privilegiertes Land auch in Zukunft dazu beizutragen, dass alle Menschen ein Leben in Sicherheit und Würde führen können.

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Heiligkreuz 14
9490 Vaduz
Liechtenstein
T +423 236 60 58
F +423 236 60 59

info@aaa.llv.li
www.llv.li/ihze